

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 17. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Antimilitarismus und Nationalverteidigung.

Paris, 14. Juni. (Eig. Ber.)

Die Feinde der sozialistischen Demokratie sind überall an der Arbeit, um durch Entfesselung und Verdächtigung das Vertrauen des Proletariats auf die internationale Solidarität ins Wanken zu bringen und damit das revolutionäre Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft der einzelnen Länder zu schwächen. Man weiß, mit welchem Fleiß die nationalistische Presse Frankreichs die Leitmotive der so harmlos „wissenschaftlichen Kritik“ des Professors Andler paraphrasiert hat. Aber nicht minder eifrig bemüht sich ein Teil der bürgerlich-radikalen Presse, die Legende vom Nationalismus der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Solidarität mit den bürgerlichen Parteien in der Militärfrage ins Volk zu bringen. Die Spekulation auf dem Gebiet der inneren Politik spielt da eine entscheidende Rolle. Dem Radikalismus, der sich politisch so sehr blamiert und kompromittiert hat, scheint nur noch eine einzige Hoffnung zu bleiben: die auf Wiederherstellung des *Vloodes* mit allem Drum und Dran, denn der Amsterdamer Kongress und die Gründung der geeinigten Partei ein Ende gemacht haben. Die Diskussion, die sich über diesen Gegenstand in der Presse — namentlich auch in der Parteipresse der Provinz — entwickelt hat, verdient eine Würdigung, die wir uns in diesem Zusammenhang vorbehalten müssen. Unverkennbar aber ist das skalkül gemisser Radikalen, die revolutionären Tendenzen der französischen Sozialisten dadurch abzuschwächen, daß ihnen die der deutschen zweifelhaft gemacht werden. Und so versteht man die vor unredlichem Verzerrern der wirklichen parlamentarischen Vorgänge in Deutschland nicht zurückhaltende Polemik, die da und dort Argumente deutscher Kritiker selbst zu eigener Ausbeutung übernimmt und nach alter Weise mit herausgerissenen Zitaten arbeitet. Dem alten *Clemenceau* ist da noch Gültigkeit zuzubilligen. In seiner chauvinistischen Monotonie glaubt er, daß alle Deutschen seit der Reichsgründung mit der Erbfinde der Bismarckschen Gewaltpolitik behaftet seien. Vor ein paar Tagen hat er im „*l'homme libre*“ dem Protest Hebel und Liebnechts im Jahre 1870 in warmen Worten Anerkennung widerfahren lassen, aber die deutsche Sozialdemokratie von heute scheint ihm unrettbar bismarckisch verkehrt, ihre Opposition nur eine „Pseudoopposition“, denn das ganze Volk, so schreibt er in seinem heutigen Artikel, sei „von der Gewalt des Eisens trunken“.

*Clemenceau* war indes von jeher ein aufgeregter Nationalist, sein Radikalismus vor allem eine von der Revancheidee beherrschte Klein-französische Politik, die sich darum dem Imperialismus der Großkapitalisten und ihrer politischen Sachwalter von *Ferry* bis *Etienne* widersetzte. Was soll man aber von einem Mann wie dem „*Kappel*“ sagen, der in der radikalsozialistischen Presse, von der Militärfrage abgesehen, wo er sich nach längerem Schwanken zur Partei der Dienstverlängerung geschlagen hat, auf der äußersten Linken steht und sich im Übrigen auch auf seine „Anständigkeit“ — und bisher mit Recht — etwas zugute tun durfte. Heute aber liest man in diesem Blatte wörtlich: „Man darf so ziemlich gewiß sein, daß die deutschen Sozialisten die Militärvorlage bewilligen werden.“ Die deutschen Sozialdemokraten werden weiter als „vollkommene Alideutsche“ bezeichnet und als Beweis die „chauvinistische Erklärung“ *Siedekums* in der Diskussion angeführt, daß „kein einziger Sozialdemokrat sein Vaterland den Angriffen des Auslandes ohne Verteidigung ausliefern wolle“ und Deutschland infolge seiner geographischen und politischen Situation starker Verteidigungsmittel bedürfe.

Lassen wir die Frage außer Betracht, ob Erklärungen dieser Art, an bestimmten Orten vorgebracht, den Entstellern das Spiel nicht zu leicht machen. Wo ist aber der „Chauvinismus“, wo das „Alideutschum“ in der Erklärung zu finden, daß kein Sozialist sein Vaterland ohne Verteidigung gegen Angriffe lassen wolle? Ist dieser Gesichtspunkt nicht der deutschen und der französischen, wie überhaupt allen sozialistischen Parteien der Internationale gemeinsam? Kommt er nicht im jüngsten gemeinsamen deutsch-französischen Manifest zum Ausdruck, ebenso im Antrag der französischen Genossen, wie in den Reformvorschlägen der deutschen Sozialdemokratie? Hat nicht *Jaurès* einen großen Teil seines Buches dem Nachweis gewidmet, daß die „bewaffnete Nation“ eine viel stärkere Schutzwehr der staatlichen Unabhängigkeit ist als die Kasernenarmee? Wer wäre darum auf den tolen Gedanken verfallen, ihn einen „Chauvinisten“ zu nennen?

Doch der proletarische Antimilitarismus das Interesse an der Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit nicht ausbeutet und daß der sozialistische Internationalismus in Wahrheit erst in dieser Erfüllung finden kann. Dieser Gedanke gehört von jeher zu dem gemeinsamen Ideenbesitz der Proletarier-Internationalen. Und er ist nicht einmal auf die sozialistischen politischen Parteien beschränkt. Wenn irgend ein Aender ein paar Sätze eines deutschen Sozialdemokraten als Beweis nationalisistischer Verjüngung herausreißt,

schnappen die chauvinistischen Stöter begierig danach und auch würdige anarchistische Kläffer, die, nach Heines' Wort „nur wack beßen und wässern“ können, winseln dankbar und freudig. Aber findet man wirklich nur bei Hebel die berühmte „Flinte auf dem Buckel“? Man lese nur die folgenden Zeilen:

„Und der Krieg? Bei einer früheren Anwesenheit in Paris, in einem Augenblick, wo auch die Rede vom Krieg war, habe ich mein Bedauern ausgesprochen, 62 Jahre alt zu sein — ich glaube, ich war damals so alt — und nicht ein Gewehr nehmen zu können, um Frankreich zu verteidigen, im Fall einer deutschen Invasion oder wenn eine solche drohen würde. Ich habe meine Meinung über diesen Punkt nicht geändert. Ich kann nicht zugeben, daß ein Land durch ein anderes vergrößert werde und würde Frankreich gegen welches Land immer — Rußland, Italien, England oder Japan ebenso wie gegen Deutschland verteidigen.“

„Wer hat diese Sätze ausgesprochen, die, wenn sie von einem deutschen Sozialdemokraten in bezug auf Deutschland gesagt würden, von französischen Bourgeois als Beweis des „Chauvinismus“ der deutschen Partei hingestellt und vielleicht von überreizten Kritikern in unseren eigenen Reihen als Engleisung angesehen werden würden? Der Redner ist kein französischer Nationalist, ja nicht einmal ein Franzose und es ist obendrein ein Anarchist, ein Gegner der historischen Staatsgebilde überhaupt, zu denen Frankreich so gut wie das Deutsche Reich gehören. Die Sätze stehen in der Ansprache, die *Peter Krapotkin* am 7. Juni auf einem von dem Wochenblatt „*Les Temps Nouveaux*“ ihm zu Ehren gegebenen Bankett gehalten hat, und wir geben sie hier nach dem Bericht in der letzten Nummer dieses Blattes wieder. Wird ein vernünftiger Mann *Krapotkin*, dessen Lebensarbeit der Befreiung der Menschheit gegolten hat und auch von denen geehrt wird, die ihre entscheidenden Gesichtspunkte nicht teilen, darum, weil er sich in dieser Art als Wahl-Franzose bekennt, einem bornierten und mit den Militaristen verbündeten Chauvinisten schelten wollen? Auch *Krapotkin* sieht für den Kampf gegen den Militarismus in der heutigen Gesellschaft nur ein Mittel: die revolutionäre Propaganda, die diese Gesellschaft selbst zu überwinden strebt, aber nicht mit irgendeiner Formel die gegebenen Verhältnisse der vorhandenen geschichtlichen Organismen glatt regeln kann.“

## Aus einer sozialdemokratischen Mutterkommune.

Unter dieser und anderer Bezeichnung geht gegenwärtig ein aus der „*Deutschen Tageszeitung*“ stammender Artikel, der sich mit der Tätigkeit und den Leistungen der bekanntlich seit Anfang 1911 wieder sozialdemokratische Stadtvertretung von *Offenbach a. M.* beschäftigt, durch die bürgerliche Presse. Von der angeblich sozialdemokratischen Wirklichkeit in der Kommune *Offenbach* nähern seit Jahren die Gegner, von den Freisinnigen bis zu den Junkeralien, ihre Bohlagitation bei allen Gemeindefestlichkeiten nicht nur im ganzen Deutschen Reich, sondern selbst in Oesterreich. Immer neue Entstellungen und Lügen werden zu den alten gefügt und oft genug ist es unseren im Wahlkampf stehenden Parteigenossen ganz unmöglich, so schnell und so gründlich, wie es nötig wäre, die lächerlichen Behauptungen der Gegner zu widerlegen. Immer wieder muß deshalb die Sisyphusarbeit der Widerlegung jener gewissenlosen Verleumder unser braven *Offenbacher* Parteigenossen unternommen werden, die unter den denkbar größten Schwierigkeiten, unter dem ständigen Widerstande, nicht nur des *Offenbacher* Fabrikantentums, sondern auch der staatlichen Aufsichtsbehörden bessere kommunale Verhältnisse für die Arbeiterstadt herbeizuführen suchen, die unter bürgerlicher Herrschaft in der unerhörtesten Weise vernachlässigt wurden.

In dem hier in Rede stehenden Artikel des *Agarierorgan*s, der „*Deutschen Tageszeitung*“, heißt es zunächst:

„Die bekanntlich sozialdemokratisch verwaltete Stadt *Offenbach*, die zweitgrößte Stadt Hessens, zeigt immer wieder aufs deutlichste die eigentümliche Verwaltungslust der Genossen. In diesen Tagen hat sich der *Offenbacher* Verein zur Wahrung städtischer Interessen“ das Verdienst erworben, einmal zahlenmäßig festzustellen, wie sich die Verwaltungskosten in *Offenbach* zu denen der größten hessischen Stadt, *Rainz*, verhalten. Dabei ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß in der sozialdemokratisch geleiteten Gemeinde sich so ziemlich alle Positionen des Voranschlags, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, ganz erheblich, zum Teil um mehr als 100 Proz. höher stellen, als in *Rainz*. So erforderlich, um einige Beispiele heranzugreifen, an Ausgaben auf den Kopf:

	in <i>Offenbach</i>	in <i>Rainz</i>
Bürgermeister und Beigeordnete . . . . .	0,43 M.	0,37 M.
Sekretariat . . . . .	1,88 . . .	0,72 . . .
Stadtkasse . . . . .	1,22 . . .	0,60 . . .
Tagegelder und Reisefkosten . . . . .	0,04 . . .	0,03 . . .
Friedhöfe (Verwaltung und Anlage) . . . . .	1,30 . . .	0,75 . . .
Bureaukosten . . . . .	0,60 . . .	0,30 . . .

Die Aufstellung läuft in demselben Stil fort; das Gesamtergebnis ist, daß, wie bereits erwähnt, in *Offenbach* die Verwaltung jährlich 33,63 M. auf den Kopf, in *Rainz* 23,34 M. erfordert, das ist ein Unterschied von 15,29 M. oder 70 Proz. zugunsten der bürgerlichen Verwaltung.“

Man kann nicht leicht mehr Schiesheiten und Unwahrheiten in ein paar Sätze zusammensträngen, als es hier geschieht. Die Aufstellung ist, was verschwiegen wird, nach den Voranschlägen

des Etats der beiden Städte für 1913 gemacht. Wer von den Dingen etwas versteht, weiß, daß man zu solchen Vergleichen nicht die Voranschläge und besonders nicht die eines einzigen Jahres heranziehen darf, denn Voranschläge sind keine tatsächlichen Ergebnisse, man kann sie überschreiten oder unter ihnen bleiben, und dann können in einem einzelnen Jahre Voranschlagsposten aus besonderen Gründen weit unter dem Durchschnitt bleiben oder ihn weit überschreiten. Wer also nicht mögen will, der muß für brauchbare und ehrliche Vergleiche den Durchschnitt der Rechnungsergebnisse mehrerer Jahre nehmen.

Ist es richtig, daß *Offenbachs* Kommunalverwaltung, auf den Kopf berechnet, jährlich 15,29 M. mehr kostet, wie die von *Rainz*, so muß hinzugefügt werden — was von der „*D. Z.*“ wiederum unterschlagen wird —, daß davon *Offenbach* allein an Kosten der Volksschule wie der Armen- und Krankenpflege 12,37 M. pro Einwohner mehr wie *Rainz* zahlt. Es ist wohl an und für sich keine Schande, wenn eine Gemeinde recht viel für Schulen wie für Armen- und Krankenpflege aufwendet. Hier aber kommt noch in Betracht, daß *Offenbach* eine reine Arbeiterstadt ist, während *Rainz* eine ganz andere soziale Struktur aufweist.

Von den 15,29 M. Mehrausgaben *Offenbachs* bleiben nach Abzug obiger 12,37 M. noch 2,92 M. mehr gegenüber *Rainz*. Davon entfallen 0,55 M. auf Friedhöfe und öffentliche Anlagen (nicht, wie die „*D. Z.*“ fälscht, Verwaltung und Anlage der Friedhöfe), eine Mehrausgabe *Offenbachs*, die nur für die um Gesundheit und Schönheit der Stadt bemühte Stadtverwaltung spricht. Dann bleiben 2,37 M., von welchen wiederum 10 Pf. auf das Versicherungsamt, 5 Pf. auf die städtische Rechtsauskunftsstelle entfallen, also auf soziale Aufgaben.

Was die noch verbleibenden Mehrausgaben angeht, so ist es gar nicht möglich, hier zutreffende Vergleiche zu ziehen, da die Organisation der einzelnen Verwaltungen, die Art der Verrechnung der Kosten in den beiden Städten ganz verschiedene sind. Das gilt z. B. für das in der obigen Aufstellung genannte „Sekretariat“, das man in *Offenbach* gar nicht kennt, das aber hier mit 1,89 M. pro Kopf für *Offenbach*, mit nur 0,72 M. für *Rainz* völlig willkürlich und irreführend angegeben wird. Eines freilich ist richtig, und die *Offenbacher* Stadtverwaltung leugnet es nicht nur, sondern gibt es mit Stolz zu: die Verwaltungskosten in *Offenbach* werden dadurch verhältnismäßig höher, als irgendwo sonst, weil die Stadt *Offenbach* die höchsten Gehälter, (allerdings nicht für die höchsten Beamten) und die besten Löhne zahlt.

Für die städtischen Arbeiter wurde die Summe der Löhne im vergangenen Etatsjahre um 100 000 M. erhöht, für die städtischen Beamten und die Volksschullehrer im laufenden Etatsjahre um 250 000 M.! Kürzlich sprach der Verein der katholischen Volksschullehrer der (sozialdemokratischen) Stadtvertretung seinen herzlichsten Dank aus für die beschlossene Gehaltsregulierung, die alle Wünsche erfüllt und *Offenbach* mit der Höhe seiner Lehrergehälter an der Spitze aller Gemeinden Hessens marschieren lasse!

Davon sagen die Verleumder in der „*Deutschen Tageszeitung*“ freilich nichts. Dafür aber heißt es dort weiter:

„Bemerkenswerterweise genügt den Genossen *Offenbachs* aber ihr „Vorprung“ gegenüber *Rainz* noch nicht; durch allerlei eigenartige Experimente arbeiten sie an seiner Vergrößerung. So haben sie vor einiger Zeit, um die eingefessenen Metzger zur Anerkennung der städtischen Preisfestsetzungskommission zu zwingen, eine städtische Wurstfabrik eingerichtet, im Anschluß an den schon den ganzen Winter mit mehr als zweifelhaftem Erfolge betriebenen städtischen Fleischverkauf. Sozialdemokratische Rechnungskünstler wußten sogar schon gewaltige Ueberfälle aus dieser Kapitalanlage zu errechnen, und alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, um nach Möglichkeit den selbständigen Metzgern Abbruch zu tun. Worauf die Sache hinausläuft, erkennt man am besten daraus, daß die sozialdemokratische Parteioffiziation durch ihren Parteibeamten in Flugblättern direkt zum Wohlstand der Metzger aufzuforderte, dabei Dinge behauptend, deren Verbreitung ihr durch einseitige richterliche Verfügung alsbald unterjagt wurde. Es entspann sich eine erbitterte Fehde zwischen Handwerker und Stadtverwaltung, die Metzger boykottierten das städtische Schlachthaus und schlachteten in einem Nachbarorte; es entstand eine Unsumme von Erbitterung, Kreisamt, Regierung und Landtag wurden mobilisiert, und das Resultat war schließlich daselbst wie beim Hornberger Schießen, ein Vergleich zwischen Stadt und Metzger, den man auch wesentlich billiger hätte haben können.“

Auch hier nichts als Verdrehungen! Was den „mehr als zweifelhaften Erfolg“ des von der *Offenbacher* städtischen Steuerungskommission betriebenen Fleischverkaufs angeht, so gelang es, in ein paar Monaten nicht weniger als 392 000 Pfund ausländisches Fleisch zu verkaufen, zu Preisen, die um 15—35 Pf. pro Pfund niedriger waren, als die der Metzger. Als der Weg ausländischen Fleisches unterbunden wurde und die Schweinepreise fielen, forderte die Stadt von den *Offenbacher* Schweinefleischern entsprechendes Heruntergehen mit den Preisen, und als diese wochenlang Winkelzüge machten, gründete die Stadt eine städtische Metzgerei mit Wurstfabrikation, die sie nur aufzugeben versprach, wenn die Metzger einer paritätischen Preisfestsetzungskommission sich unterwerfen würden. Statt dessen boykottierten die Schweinefleischergesellen mit Unterstützung des Kreisamts den städtischen Schlachthof und zogen unter Mißachtung der daraus entstehenden großen gesundheitlichen Gefahren in ganz unzureichende private Schlachthöfe der Umgebung. Nun drehten die organisierten Arbeiter den Spieß um und boykottierten die Metzger, und zwar mit solchem Erfolg, daß diese nach knapp zwei Wochen zu Kreuzen kriechen und froh sein mußten, nun noch mit der paritätischen Preisfestsetzungskommission davonzukommen. Die städtische Metzgerei floriert vortrefflich und erzielte einen namhaften Ueber-

### Die Inserions-Gebühr

Bekannt für die festgesetzten Sätze: für den ersten Tag 2,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 38 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „*Die Neue Welt*“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 M. pro Monat, eingetragener in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2,50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.



Zage, wo die hungernden Arbeitslosen beschlossen, sich hilfesuchend an den Magistrat zu wenden, für ein patriotisches Jugendheim 300 000 Mark und außerdem 2000 Mark Beitrag für die allgemeine Städte-Jubilaumsadresse. Für die zu Tausenden hungernden Arbeiter hat die Kommune Breslau, die für die Jahrhundertfeierausstellung auf Wiso über sechs Millionen Mark ausgibt, keinen Pfennig übrig. Für die Arbeitslosen muß es genügen, wenn „Erwägungen“ angesetzt werden.

### Das Jesuitengesetz.

Eine häufig offiziös bediente Korrespondenz schreibt: „Die Antworten der einzelnen Bundesstaaten auf die von der Reichsregierung veranlaßten Ermittlungen in der Jesuitenfrage sind jetzt sämtlich eingelaufen, so daß man damit rechnen kann, daß der Bundesrat in nicht ferner Zeit zu der Frage Stellung nehmen kann, ob einer Aufhebung des Jesuitengesetzes, die vom Reichstag beantragt war, zugestimmt ist. Es handelt sich im wesentlichen um Feststellungen, welche besonderen landesgesetzlichen Maßnahmen bei den einzelnen Bundesregierungen für die Jesuiten in Frage kommen. Nach dem Stande der Dinge dürfte die Annahme beiderseitig sein, daß dem Antrag des Reichstags nicht Folge gegeben wird. Es ist nicht zu erwarten, daß sich eine Mehrheit im Bundesrat finden wird, die für die Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmt.“

### Sereingefallene Scharfmacher.

In Königsberg i. Pr. beschloßen die freien Gewerkschaften, sich bei der Gewerbezykluswahl auch an den Arbeitgeberwahlen zu beteiligen. Sie stellten eine Liste auf und sandten sie dem Gewerbegericht ein. Darauf folgten die Innungen, Scharfmacher und sonstigen Unternehmergruppen alles in Szene, um ihre Wähler auf die Beine zu bringen, damit ihre Liste — es wird nach dem System der gebundenen Listen und nach dem Proportionalwahlrecht gewählt — vollständig gewählt wird. In Zeitungsartikeln wurden die Kapitalisten gegen die sozialdemokratische Liste scharfgemacht. Jetzt macht der Vorsitzende des Gewerbegerichts amtlich bekannt, daß zur Wahl nur die Liste der freien Gewerkschaften zugelassen und daß die von den Innungen und sonstigen Unternehmern eingereichte Liste ungültig ist. Alle Stimmscheitel, die bei der Wahl nicht mit der Vorschlagsliste der freien Gewerkschaften übereinstimmen, sind ungültig. Die Herren Scharfmacher haben nämlich in der Eile des Gefechts einige Bestimmungen des Statuts, das seinerzeit gegen die freien Gewerkschaften erlassen wurde, nicht beachtet, und daher hat der Vorsitzende des Gewerbegerichts ihre Liste für ungültig erklären müssen. Man kann sich denken, daß in den Kreisen der Unternehmer große Aufregung herrscht, zumal an den Vorbereitungen der Wahl noch rechtsgelehrte Herren, wie der Syndikus des Vorberamtes der Kaufmannschaft und der Syndikus des Handelsbundes mitgearbeitet haben.

### Militärboykott.

Auf dem in Bremen abgehaltenen 40. deutschen Gastwirtstag kam ein besonders krasser Boykottfall zur Sprache. Gelegentlich der letzten Reichstagswahlen hatte der Geschäftsführende Ausschuss ein Flugblatt herausgegeben, in dem die Vereine aufgefordert wurden, sich an der Reichstagswahlbewegung zu beteiligen und an die Reichstagskandidaten die Frage zu richten, ob sie getauft seien, für die Forderungen des Gastwirtsberufes einzutreten. Ein Gastwirt in Burg bei Magdeburg hatte daraufhin an sämtliche vier Kandidaten diese Frage gerichtet und darunter in einer Versammlung die Frage an den sozialdemokratischen Kandidaten. Daraufhin ist sofort gegen ihn der Militärboykott verhängt worden. Der Gastwirt wurde dadurch so geschädigt, daß er nur noch mit Hilfe eines Nebenverdienstes sich ernähren kann. — Es wurde beschlossen, auf Kosten des Verbandes eine Entschädigungsklage gegen die Militärbehörde durchzuführen.

Die bisher von der Militärbehörde angeordneten Saalboykotts wurden stets mit dem Einwand begründet, Soldaten müßten von dem Verkehr mit Sozialdemokraten abgehalten werden — um sie vor Verführung zu schützen. Im vorliegenden Falle kann man nicht einmal mit solcher Ausrede kommen — was wird die Behörde nun sagen?

### Militärantwörter in den Ortskrankenkassen.

Der Bund der Militärantwörter scheint sich an die national-liberale Partei gewandt zu haben mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß den Militärantwörtern ein größerer Anzahn von Beamtenstellen vorbehalten bleibt. Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins in Leipzig wendet sich nun auch bereits mit einer Eingabe an den Reichstag, in welcher er empfiehlt, bei den Regiments- und Bataillonkommanden und bei den Verleihsämtern statt aktiver Unteroffiziere Militärantwörter zu verwenden. Außerdem wird empfohlen, man solle den Militärantwörtern Schanz- und Lotterielotterien erteilen. Auf letzteres wird die Regierung nicht eingehen, denn die Lotterielotterien sind inaktiven Offizieren vorbehalten. Die Nationalliberalen finden nun wieder einen weiteren Ausweg, indem sie darauf hinweisen, daß es sich empfehle, darauf zu dringen, daß immer mehr Militärantwörter in den Ortskrankenkassen angestellt werden. In diesem Besuche bringen sie angeblich sehr wertvolle Eigenschaften mit, nämlich ehrenhafte Gesinnung und vaterländischen Sinn. Daß man damit allein noch nicht in der Lage ist, eine Beamtenstellung in einer Ortskrankenkasse auszufüllen, sondern daß dazu etwas mehr gehört, das leuchtet den Nationalliberalen natürlich nicht ein. Sie gehen aber in ihren Forderungen noch weiter, denn in der Eingabe wird verlangt: Sobald als möglich müßte in der Reichsversicherungsordnung zwingendes Recht nach der Richtung hin geschaffen werden, daß den Militärantwörtern die Hälfte der Stellen vorbehalten bleiben müssen.

Gegen dieses Unterfangen kann nicht rasch und nicht scharf genug protestiert werden. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung ist der Versuch gemacht worden, die Ortskrankenkassen zu einer Zustuhlsstätte für nicht mehr brauchbare Feldwebel zu machen. Dieser Versuch ist damals abgewehrt worden. Und nun glauben die Nationalliberalen auf Umwegen das Erreichte zu können, was damals vermißt wurde. Wie wäre es, wenn die Nationalliberalen ihre Parteifreundschaften mit Militärantwörtern befragen würden? Ehrenhafte Gesinnung, Disziplin und vaterländischer Sinn dürften zur Ausfüllung dieser Posten schließlich vollaus genügen. Wenn aber die Nationalliberalen selbst für ihre Parteidiende keine Militärantwörter brauchen können, dann sollen sie nicht verlangen, daß zu dem ungleich schwereren Dienst in den Ortskrankenkassen Militärantwörter in vermehrtem Maße zugelassen werden sollen.

### Die Situation auf dem Balkan.

#### Ministerkrise in Serbien.

Belgrad, 16. Juni. Die aus der politischen Lage sich ergebenden Fragen rufen nach einer Meldung des Pressbureaus die Möglichkeit einer Ministerkrise nahe, doch ist diese Krise tatsächlich noch nicht ausgebrochen. Eine Klärung der Lage dürften erst die nächsten Tage bringen.

#### Das Ministerium Paschitsch bleibt.

Belgrad, 16. Juni. Paschitsch zog die bereits eingereichte Demission des Kabinetts zurück.

### Die Demobilisierung.

Sofia, 15. Juni. Der griechische Gesandte hat der bulgarischen Regierung einen mit dem serbischen Demobilisierungsvorschlag übereinstimmenden Vorschlag unterbreitet.

#### Serbische Zustimmung zur Petersburger Balkankonferenz.

Belgrad, 16. Juni. Die serbische Regierung hat die offizielle Einladung der russischen Regierung zu der möglichst bald abzuhaltenden Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten in Petersburg mit Dank angenommen.

### Oesterreich.

#### Ein Held des deutschen Bürgertums.

Wien, 14. Juni. (Fig. Ver.) Zum Abgeordneten des westböhmischen Kohlenreviers Gallenau ist in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten schon zweimal der „Freisozialist“ Simon Starck von den deutschen Bürgern gewählt worden. Dem Mann ist vom Gericht bestätigt, daß er sein Interpellationsrecht zu Geldgeschäften benutzt hat, die bürgerlichen Geschworenen von Eger haben ihn als einen „politischen Gauner“ und „dünnen Ehrenmann“, seine Sozialistenverleumdungszeitung als ein „Schmählblattchen“ erklärt, und jetzt hat ihm das Kreisgericht trotz aller Bemühungen eines „unparteiischen“ Richters der 1. Instanz wegen grober Verhöhnung des Sekretärs der Eisenbahnerorganisation vier Wochen Arrest gegeben. Zwei Jahre lang zogen Starck und sein ordentlicher Richter diesen Prozeß hinaus. Dafür ist er gegen Sozis um so schärfer.

### Schweiz.

#### Hölle gegen den Proporz.

Zürich, 14. Juni. (Fig. Ver.) In dem gleichen Augenblick, da die Minderheitsparteien die neue Proporzinitiative für den Nationalrat beschloßen und mit der Sammlung der erforderlichen 50 000 Unterschriften begonnen haben, hob der Bundesrat die Ende 1911 beschloßenen Zollerhöhungen von 20 auf 10 Fr. pro 100 Kilogramm getrocknetes und geräucheretes Fleisch und gedörrten Speck wieder auf, obwohl er in der Begründung dieses unglücklichen Beschlusses selbst zugab, daß die Fleischpreise im Detail immer noch hoch, obgleich die Viehpreise seit dem Monat März etwas zurückgegangen sind, weshalb er nicht auch gleichzeitig die vom Schweizerischen Bauernverband ebenfalls verlangte Aufhebung der Zollermäßigung auf Getreierfleisch beschloßen hat, sondern sich vorläufig mit „Studien“ zur Verschärfung der Kontrolle und einer gewissen Einschränkung des Vertriebes von Getreierfleisch beschäftigt. Durch diese neue Verschärfung der Einfuhr sollen nun die Fleischpreise noch mehr in die Höhe getrieben werden, um den Bauern einen Ausgleich zu schaffen für den Rückgang der Milchpreise.

Das führende Agrarierblatt, der „Schweizer Bauer“, erklärte in vollem Verständnis der Situation unumwunden: „Die Landwirte werden nun nicht in einem Momente, wo der mehrheitlich freisinnige Bundesrat sich ihrer so tatkräftig angenommen hat, die Initiativbogen für den Nationalratsproporz unterzeichnen.“

Also ein politischer Kuhhandel ohne jedes Feigenblatt.

### Frankreich.

#### Die wirtschaftlichen Schäden der dreijährigen Dienstzeit.

Paris, 16. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer bekämpfte Albert Thomas, Mitglied der geeinigten Sozialisten, die dreijährige Dienstzeit vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, denn diese würde der Landwirtschaft und der Industrie noch 200 000 Arbeiter entziehen, welche dann durch Fremde ersetzt werden müßten, was für die Provinzen im Osten eine neue Gefahr bedeute.

### Holland.

#### Die Wahlen.

Amsterdam, 14. Juni. (Fig. Ver.) Auch am dritten Tage der Provinzialwahlen hat die sozialdemokratische Partei gut abgeschnitten. In Amsterdam z. B. stieg unsere Stimmenzahl im dritten Kreis von 3944 auf 6294 in drei Jahren, im fünften Kreis von 2058 auf 4086, im neunten Kreis von 4176 auf 7661, in Rotterdam im ersten Kreis von 1951 auf 3510, im zweiten Kreis von 1361 auf 3164, im vierten Kreis von 1319 auf 3350, im Haag von 3326 auf 3901, in Utrecht im ersten Kreis von 723 auf 1925, im zweiten Kreis von 589 auf 2504, in Haarlem von 864 auf 3091, in Groningen von 1208 auf 2758 usw. Es gibt eigentlich keinen Wahlkreis im ganzen Lande, in dem nicht ein überwältigender Stimmengewinn zu verzeichnen ist. Schon jetzt steht fest, daß die Parlamentswahlen am kommenden Dienstag der sozialdemokratischen Partei einen großen Wahlsieg bringen werden.

### Norwegen.

#### Entlastung des Königs.

Christiania, 14. Juni. (Fig. Ver.) Ein Beschluß des Stortingens läßt das suspensive Veto des Königs ab. Es ist damit nur die Konsequenz gezogen worden aus den tatsächlichen Verhältnissen. Dieses Veto des Königs hatte lange keine praktische Bedeutung mehr, denn als der letzte Unionskönig Oskar II. einmal davon Gebrauch machte, änderte das an dem Beschluß nichts, sondern dessen Ausführung wurde nur um einige Jahre verschoben, bis ein neu gewähltes Parlament den alten Beschluß bestätigte. Der heutige Träger der selbständigen norwegischen Krone hat viel weniger „to kgaen“ als der Schwedenkönig, der sich auf das Großschwedentum stützte.

Der zweite Teil des verfassungsrechtlichen Beschlusses hebt die Sanktion des Königs in Verfassungsfragen auf. Für die Folge ist nur das Parlament selbst in Verfassungsfragen zuständig. Was es beschließt und vom Präsidium veröffentlicht läßt, ist in Norwegen künftig Verfassung, mit oder ohne Zustimmung des Königs. Dieser hat für die Folge nur repräsentative Aufgaben zu erfüllen, wofür er anständig bezahlt wird. Eine politische Bedeutung hat er nicht mehr. Und wenn die Mehrheit des Parlaments eines Tages beschließt, die überflüssige Ausgabe aus dem Budget zu streichen und den Inhaber des Postens zu entlassen, so ist die Sache ebenso bequem erledigt, wie die Entlassung eines Parlamentsdieners. So vergeht die Herrlichkeit der Welt!

### Marokko.

#### Die Franzosen in Agadir.

Paris, 15. Juni. Nach einer Meldung aus Mogador sind gestern ein aus Juden und Hilfstruppen bestehendes Bataillon und zwei Artillerieabteilungen an Bord von Transportschiffen nach Agadir abgegangen, um die dortige Kasbah zu besetzen. Die Kreuzer „Cosmos“ und „Du Chayla“ begleiten die Transportschiffe, um erforderlichenfalls die Landung der Truppen und die Besetzung der Kasbah zu unterstützen.

Paris, 16. Juni. Wie aus Agadir vorgestern gemeldet wird, sind die Truppen ohne Zwischenfall und ohne Kampf daselbst gelandet worden.

#### Der Aufstand in Nord- und Ostmarokko.

Paris, 15. Juni. Wie aus Melilla gemeldet wird, nimmt die Gärung in Ruluhage biederlich zu. Gegen die Franzosen und Spanier wird der heilige Krieg gepredigt. Aus dem Innern Marokkos sind Kohlenstämme eingetroffen, um die auf den Höhen längs der Küste zwischen Ceuta und Tetuan lagernde Garla zu verstärken. Es wird befürchtet, daß die aufständische Bewegung sofort nach Beendigung der Ernte allgemein wird. Wie es heißt, beabsichtigt die spanische Regierung, 20 000 Mann zur Verstärkung nach Marokko zu entsenden.

Madrid, 15. Juni. Die Kolonne des Generals Primo de Ribera, die sich in der Stellung bei Laurient verfangen hat, hat einen Angriff zahlreicher Rebellen abgewiesen; sie verlor 10 Tote und 22 Verwundete, darunter einen Oberleutnant, zwei Hauptleute und einen Leutnant.

Paris, 16. Juni. Wie aus Tetuan gemeldet wird, haben die Spanier am 14. d. Mts. nach erbittertem Kampfe die Höhen von Bonfelen genommen. Die spanischen Verluste beliefen sich auf 5 Offiziere und etwa 30 Mann, die der Mauren auf über 300 Tote.

### Australien.

#### Die Arbeiterpartei und die Wahlen.

London, 14. Juni. (Fig. Ver.) Der Führer der Arbeiterpartei im australischen Bundesstaat Victoria, G. M. Prendergast, der zuerst in London weilte, hat in einem Interview dem Vertreter des „Daily Citizen“ gegenüber einige interessante Angaben über die letzten Wahlen zum australischen Bundesparlament gemacht. „In Bezug auf das Referendum“, bemerkte er, stimmten einige Mitglieder der Arbeiterregierung von Neusüdwales mit anderen Teilen der organisierten Arbeiterbewegung Australiens nicht überein, und deshalb haben wir in dem Staate einen entsprechenden Verlust zu verzeichnen. Es sollte mich freuen, wenn die englischen Arbeiter zusammenhängen, um eine auf ein Programm verpflichtete (pledged) Arbeiterpartei ins Parlament zu schicken. In Victoria erlauben wir keiner Person als Parlamentarierkandidat aufzutreten, die nicht mehr als zwei Jahre lang Mitglied eines politischen Arbeiterrates gewesen ist. Unsere Gegner sind bereit, alles zu opfern, nur um die politische Maschine in die Hände zu bekommen, denn das bedeutet nicht nur das Machen von Gesetzen, sondern auch das Verwalten des Landes. In der Vergangenheit hing die Arbeiterpartei lose zusammen; wir haben die Bande enger knüpfen müssen, um uns gegen die „Auch-Arbeitervertreter“ zu schützen, die mit uns gingen, solange keine Kernfrage auftauchte, und die uns regelmäßig in Stich ließen, wenn wir ihre Stimme bei Fragen gebrauchten, die unser materielles Wohl betrafen. Da draußen ist mit der Gesetzgebung über Löhne und Arbeitszeit durchaus noch nicht alles erledigt, wenn ein Beschluß zur Erhöhung der ersten und zur Herabsetzung der letzten gefaßt worden ist. Es liegt auf der Hand, daß die Erhöhung der Löhne wenig nützen kann, wenn die Preise der Lebensbedürfnisse in die Höhe gehen, so daß sich aus dieser Frage andere Probleme ergeben: die Errichtung von Gerichtshöfen zur Festsetzung der Mieten, das Festsetzen der Warenpreise und schließlich die vom Volke selbst unternommene Produktion der Dinge, die es nötig hat, um zu verhindern, daß der Profit in die Hände der Privatpersonen übergeht. Sicher sind wir auf dem Wege der direkten Gesetzgebung weit fortgeschritten. Wir zahlen eine Alterspension von 10 Schilling die Woche (10 M.) an würdige Männer im Alter von 65 Jahren und darüber und an würdige Frauen im Alter von 60 Jahren und darüber. (Zu beachten ist, daß diese Alterspensionen ohne Beitragsleistung aus den allgemeinen Staatsgeldern bezahlt werden. Australien gab im Finanzjahr 1910/11 für Alterspension allein 2 054 000 Pfund oder 41 080 000 Mark aus, wogegen sein Milizheer erst im siebenten Jahre nach seiner Einführung jährlich 1 884 000 Pfund oder 37 680 000 M. kosten wird.) Wir gestatten den Staatspensionären, ein Haus ihrer eignen zu nennen, ohne ihnen das bei der Zumeßung der Pension anzurechnen. Wir zahlen jeder würdigen Person, die dauernd arbeitsunfähig ist, eine Invalidenrente, und wir haben eine Wutterchuhprämie von 5 Pfund für jedes Kind.“

## Letzte Nachrichten.

### Die antisemitischen Handlungsgelien gegen die „Volkshörjorge“.

Frankfurt a. M., 16. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der hier stattfindende Deutsch-nationale Handlungsgelienrat beschloß die Errichtung einer deutsch-nationalen Volksversicherung, die ein Gegengewicht gegen das jüdische Kapital und gegen die „Volkshörjorge“ bilden soll.

### Frankreichs Gegenrüstung.

Paris, 16. Juni. (B. Z. A.) Kammer. Der Ministerpräsident versichert auf die Ausführungen des Deputierten Thomas von neuem, daß der Oberste Kriegsrat alle vorgeschlagenen Lösungen, die den deutschen Rüstungen begegnen wollten, geprüft habe, daß er alle Einwendungen erwoogen und sich einmütig und frei für die dreijährige Dienstzeit ausgesprochen habe. Das Gerücht, daß der Geheimvertrag über die dreijährige Dienstzeit infolge eines im letzten Sommer zwischen dem Kaiser von Rußland und dem Präsidenten der Republik abgeschlossenen Uebereinkommens eingetracht worden und Frankreich sich seiner Freiheit begeben habe, sei unbegründet.

Ferner erklärte der Ministerpräsident, die von Frankreich geforderte Anstrangung sei keine Herausforderung, sondern eine Ermüdung. (Kehhafter Beifall im Zentrum und aus verschiedenen Bänken.) Barthou fügte noch hinzu, daß das verbündete Rußland gleichfalls die nötigen Anstrangungen mache, damit die französische und die russische Armee bereit seien, allen Eventualitäten zu begegnen. (Lang anhaltende Bewegung auf allen Bänken und Beifall.)

### Eine neue Oppositionspartei in Ungarn.

Budapest, 16. Juni. (P. C.) Eine neue Oppositionspartei unter der Führung des Grafen Julius Andrássy wird demnächst begründet werden. Sie soll neben der Unabhängigkeitspartei und nicht gegen diese kämpfen. Sie soll namentlich die Wiederherstellung der Rechtsordnung und eine Revision des Wahlgesetzes im demokratischem Sinne in ihr Programm aufnehmen.

### Serbisch-bulgarische Zusammenstöße.

Belgrad, 16. Juni. (P. C.) Die Zusammenstöße zwischen Serben und Bulgaren dauern trotz der russischen Intervention fort. Wie die „Politika“ meldet, kam es am letzten Sonntag bei Wraja zu einem blutigen Zusammenstoß, bei dem die serbischen Truppen von den Bulgaren, die sich in der Uebermacht befanden, zurückschlagen wurden. Die Bulgaren besetzten sofort mehrere strategisch wichtige Punkte und waren für ihre Artillerie Verschanzungen auf.

# Zehr-Joghurt?

Zahlreiche Anfragen wegen Zehr-Joghurt veranlassen uns nach spezialärztlicher Information zu folgender

## Aufklärung:

Das unter der Bezeichnung „Zehr-Joghurt“ in den Handel gebrachte Produkt ist Joghurt, der an sich weder zehrende noch sonst irgend welche besonderen Eigenschaften besitzt.

Die von verschiedenen Seiten angepriesene Joghurt-Zehr- und Entfettungs-Kur ist eine Gewalt-Hungerkur, die zwar mit jedem echten Joghurt ausgeführt werden kann, die aber nicht nur das Herz stark in Anspruch nimmt, sondern auch das Allgemeinbefinden empfindlich stört und deshalb für das Leben und die Gesundheit des Menschen außerordentlich gefährlich ist.

Vor Anwendung des Joghurt zu Zehrkuren ohne fortlaufende ärztliche Ueberwachung (von Noorden) wird deshalb dringend gewarnt.

Der Genuß von echtem bulgarischen Joghurt als erfrischendes und kräftigendes Nahrungsmittel kann dagegen zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit garnicht genug empfohlen werden.

Meierei C. Bolle A.-G.



**Lysiform**  
beseitigt übermäßigen Schwitzen  
nimmt jeden ablen Geruchs-  
stärkt & erfrischt die Haut.  
Original-  
Flaschen  
von  
0,65 Mk.  
an.

Original-Flasche 0,65 Mk an

Einem hochgeehrten Publikum, allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich die vollständig renovierten

### Konzert- und Festsäle, vorm. (Keller) Koppensstrasse 29

übernommen habe. Ich empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften meine Lokalitäten, Säle mit Theaterbühnen zu 2000, 800 und 500 Personen für Versammlungen, Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art.

Indem ich mich der Hoffnung hingebende, auch in diesem meinem neuen Unternehmen das Vertrauen meiner werthen Gäste zu erwerben, bitte ich um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll  
Paul Obiglio, Koppensstr. 29, Amt Königstadt 4314.

N.B. Geht wie in der Saison sind noch verschiedene Sonnabende und Sonntage zu vergeben.



Jch hab's!  
**Urbin**  
der gute  
Schuh-Putz

In Dosen überall erhältlich.  
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Elegante  
**Herren-Moden**  
fertig u. nach Mass  
von 1 Mark  
wöchentliche Teilzahlung.  
**S. Boltuch**  
Frankfurter Allee 75  
Eingang Tilgaterstrasse

**Spezialarzt**  
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden,  
nerv. Schwäche, Weintränke jeder  
Art, Ectrich Gata-Kuren in  
u. Co. Lang-  
Laborat. 1  
Blut-  
untersuchung, Bäder i. Harnstoff,  
Friedrichstr. 81, gegenüber  
Panoptikum,  
Ept. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.  
Honorar mäßig, auch Teilzahl.  
Separates Damenzimmer.

1 Mark  
wöchentliche Teilzahlung  
liefero elegant  
**Herren-Moden**  
fertig und nach Maß!  
Garantie für tadel-  
losen Sitz  
**Julius Fabian**  
Schneidermeister  
I. Geschäft:  
Gr. Frankfurter Str. 37  
II. Geschäft:  
Turmstr. 18 <sup>1</sup> Kein Laden  
III. Geschäft:  
Kottbuser Str. 14  
Nur 2. Etage

**Kranzspenden**  
sowie sämtliche  
**Blumenarrangements**  
Helfert schnell und billig Paul  
Gross, Lindenstr. 69, Tel. 921. 7203.

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.  
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
Opiumextrakt.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
Berlin (20 St.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-  
Apothek, Bismarckstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg

## Theater und Vergnügungen

Dienstag, 17. Juni 1913.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Prater.** Das Hummelnädchen.  
Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Hohenzollern-Fahrten.  
**Königgräber Straße.** Die fünf  
Kantinen.  
Sessing, Ill.-Blau.  
**Teufelsch.** Romeo und Julia.  
**Kammertheater.** Frühlings Er-  
wachen.  
**Berliner.** Himmelskinder.  
**Schiller O.** Der Leibarzt.  
**Schiller.** Charlottenburg. Hote-  
manns Töchter.  
**Monte Caprice.** Der lachende  
Chemann.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Eine  
Vergangenheit.  
**Kleines.** Professor Bernhardt.  
**Deutsches Opernhaus.** Die Königin  
von Saba.  
**Thalia.** Puppen.  
**Metropol.** Die Aino-Königin.  
**Kindertheater.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Romödienhaus.** Hochherzliche  
Wohnungen.  
**Friedr. - Wilh. Schauspielhaus.**  
Das Farmernädchen.  
**Kulturbühnen.** Der lustige Kalaba.  
**Rolie.** Der Traum ein Leben.  
**Luisen.** Die Albernheiten.  
**Volles Caprice.** Ein Vogelpol.  
Die Krampfläpfe.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Königskranz.  
**Theater am Kollendorfsplatz.**  
Der Mann mit der grünen  
Maske.  
Anfang 9 Uhr.  
**Admiralpalast.** Eisbahn: Spiel in  
St. Moritz.  
**Sternwarte.** Jubiläumst. 57-62.

**Deutsches Schauspielhaus**  
8 1/2 Uhr: Eine Vergangenheit.  
**Berliner Theater.**  
8 Uhr: Filmzauber.  
**Theater in der Königgräber Straße**  
8 Uhr:  
**Die fünf Frankfurter.**  
**Kroll-Oper**  
8 Uhr:  
**Der Evangelimann.**  
Gastspiel des Kammerängers  
Miois Pennarini.  
Mittwoch: Arifan und Hofde.  
**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Der Traum ein Leben.  
Auf der Gartenbühne:  
**Achtung! Es geht los!**  
Große Post. Anfang 4 1/2 Uhr.  
**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Säger.  
„Stucke's  
Pflanzfahrt“  
Berliner  
Burleske  
von Meysel  
Anfang 8 Uhr.  
**Metropol-Theater.**  
abends 8 Uhr:  
**Die Aino-Königin.**  
Operette in 3 Akten von Paul Freund  
und G. Olfenowsk.  
Russt von Jean Gilbert.  
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.  
Verantw. Redakteur: Albert Wach, Berlin. In separaten teile veranzt.

**Schiller-Theater O.** Wagner-Theater.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Der Leibarzt.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Leibarzt.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Leibarzt.**  
**Brauerei Friedrichshain, am Königstor**  
**Sommerfest**  
am Sonntag, den 22. Juni 1913,  
veranstaltet vom (Filiale Berlin)  
**Zentralverband der Fleischer u. Berufsgenossen**  
und **Gesangverein Männerchor Ost** (M. d. A.-S.-B.)  
**Konzert d. Berliner Tonkünstler-Orchesters** (Dirigent Fr. Blume)  
**Gesang vom Männerchor „Ost“** (Dirig. Chorleiter Emil Thilo)  
**Auftreten erster artistischer Kräfte.**  
Kassenöffnung 3. Konzertanfang 5 Uhr. X Eintritt 25 Pf.,  
an der Kasse 30 Pf. X Programm und Liedertexte gratis.  
X X X Kaffeeküche von 3 Uhr ab geöffnet. X X X  
Im großen Saale von 6 Uhr ab: **Tanz.**  
Bei ungünstiger Witterung sämtliche Darbietungen im Saale.  
Billetts sind zu haben bei: Rich. Klaese, Posener  
Str. 15; Paul Schneider, Hufelandstr. 31, Laden; Max  
Massenth, Marienburger Str. 7; Paul Kupfer, Landsberger  
Allee 53; Fritz Huppke, Woldenberger Str. 8; Br. Massenth,  
Tilgater Str. 66; Karl Behring, Frankfurter Allee 169.  
**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königstor. Dir.: Ernst Liebing.  
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:  
**Kaffee-frei-Vorstellung**  
der Norddeutschen und Apollo-Sänger  
bei freiem Entree.  
Freitag: Frei-Konzert.

**Schiller-Theater** Charlotten-  
burg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Hasemanns Töchter.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Freiwild.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Zwei Wappen.**  
**Theater am Kollendorfsplatz**  
Abendlich 8 1/2 Uhr:  
**Der Mann mit der grünen Maske.**  
**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
**LUNA PARK**  
Während der Jubiläumswoche  
**Täglich: Große patriotische Feier.**  
3 Kapellen! Große elektrische Feerie!  
**Volksgarten-Theater.**  
Badstr. 3 und Bellermannstr. 20/25.  
Dienstag, den 17. Juni 1913:  
**Das neue Elite-Programm.**  
Sänger:  
**In lauschiger Nacht**  
Originalposse in 2 Akt. v. B. Gebrüde.  
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.  
**Neue Welt**  
A. Scholz, Haseheide 108-114  
Heute Dienstag:  
**Konzert und Vorstellung.**  
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.  
Morgen: **Kinderfest.**

**Passage-Panoptikum**  
**Die 3 Schwestern Liliput**  
die kleinste Schwest. der Welt.  
Der weltberühmte amerikanische  
**Negerboxer**  
Andrea Johnson  
bei seinem Training.  
**Aga, die schwabende Jungfrau!**  
Alles lebend!  
Alles ohne Extra-Entree!  
**Voigt-Theater**  
Gadbrahe 38.  
Dienstag, den 17. Juni 1913:  
Zum ersten Male:  
**Der Bettelstudent.**  
Volksstück in 5 Akten u. 5 Bildern.  
Gänzlich neue Spezialitäten.  
Kasseneröffnung 9 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.  
**Admiralpalast — Eis-Arena**  
Angenehm kühler Aufenthalt.  
Allabendlich  
das gr. erfolgreiche Eishallspiel  
**Flirt in St. Moritz.**  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.  
**Restaurant I. Ranges.**  
Wein- und Bier-Abteilung.  
**Berliner Uk-Trio**  
Adr.: Neukölln Lahnstr. 741  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine von Groß-Berlin.

Die Generalversammlung des Verbandes tagte am Sonntag im Germaniaaal. — Den

Geschäftsbericht des Vorstandes

erstattete der Verbandsvorsitzende Ernst: Im Vorjahr hatten wir im Reichstagswahlkampf glänzend gesiegt. ...

Schon im vorigen Bericht wiesen wir auf die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel hin. Die Teuerung hat sich bis zur Unerkennbarkeit gesteigert, aber die Regierung dachte nicht daran, Abhilfe zu schaffen, sie begünstigte vielmehr die Ausbeutungspolitik der Agrarier. ...

Am 8. Oktober löste die Kriegskasse am Balkan auf. Jeder Tag konnte auch uns den drohenden Krieg bringen. Nur das internationale Proletariat bot Gewähr für die Erhaltung des Friedens. ...

Schon am 20. Oktober verlangte die Berliner Arbeitererschaft in einer gewaltigen Demonstration im Treptower Park die strengste Neutralität Deutschlands. ...

Kaum war die Gefahr des Weltbrandes vermindert, da stellte der Kosch Militarisismus neue Forderungen. Am 16. März verbreiteten wir durch ein Flugblatt Auffklärung über die gewaltigen Opfer an Gut und Blut, welche der Militarismus vom Volke verlangt. ...

Am 6. bis 8. Januar tagte der preussische Parteitag, mit dessen Resultat wir alle zufrieden sein können. Gleich darauf trafen wir unsere Vorbereitungen für die Landtagswahl. ...

Die am 15. November vollzogenen Wahlen zum Gewerbeamt brachten uns 11 neue Mandate der Arbeitgeber. Bei der Wahl der Arbeitnehmer erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 93 000 Stimmen und 93 von 70 Mandaten. ...

Die Frage der Reorganisation ist durch Beschluß der Generalversammlung den einzelnen Kreisen zur Beratung überlassen. Der Zentralvorstand hat in dieser Angelegenheit mehrere Besprechungen abgehalten. ...

Zur Bewältigung der Organisationsarbeiten fanden außer zahlreichen Kommissionsitzungen 15 Sitzungen des Zentralvorstandes und 15 Sitzungen des Aktionsausschusses statt. Die Zahl der männlichen Mitglieder des Verbandes verminderte sich um 2010, die der weiblichen Mitglieder vermehrte sich dagegen um 1039. ...

Die juristische Sprechstunde findet allgemeine Anerkennung. Die Lokalkommission hat ihre Haupttätigkeit in den kleinen Orten entfaltet, wo die Beschaffung von Versammlungsorten die größten Schwierigkeiten macht. ...

Die Lokalkommission hat ihre Haupttätigkeit in den kleinen Orten entfaltet, wo die Beschaffung von Versammlungsorten die größten Schwierigkeiten macht. ...

Die Lokalkommission hat ihre Haupttätigkeit in den kleinen Orten entfaltet, wo die Beschaffung von Versammlungsorten die größten Schwierigkeiten macht. ...

Der Bildungsausschuss hat in der kurzen Zeit seines Bestehens eine Fülle von Arbeit geleistet, die allerdings nicht nach außen sichtbar in Erscheinung tritt, aber der Partei Vorteile bringen wird. ...

Die Aufgaben des Jugendausschusses wurden durch Eingabe von 10 000 M. gefördert. Die proletarische Jugendbewegung hat mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. ...

fälligkeiten und Schikanierungen der verschiedensten Art sind an der Tagesordnung. Die Arbeiter müssen es als eine Ehrenpflicht betrachten, ihre Kinder von der bürgerlichen Jugendbewegung fernzuhalten und sie der freien Jugendbewegung zuzuführen. ...

Die Frage des Kinderertrages zeigt die Ohnmacht der Regierung gegenüber dem Kapitalismus. Das offizielle Deutschland feiert rauschende Feste, während Tausende von Kindern ohne Frühstück und müde von dem frühen Morgen geleiteten Arbeit zur Schule gehen. ...

Große Aufgaben stehen uns bevor. Sie können nur gelöst werden, wenn wir machtvoll organisiert dastehen. Sorgen wir dafür, daß die alte Leidenschaft, der alte Idealismus, aber auch die alte Aufopferungsbereitschaft der Partei erhalten bleibt. ...

Den Massenbericht

gab B o e s t e. Wir haben in den 9 Monaten des Geschäftsjahres von den 8 Kreisen an Beiträgen 97 250 M. eingenommen. Die Einnahmen für Männermarken betragen 69 100 M., für Frauenmarken wurden 15 000 M. eingenommen. ...

Am 1. April 1913 hatten wir einen Massenbestand von 14 577,06 Part., bei einem solchen von 94 537,13 M. Die Landtagswahl hat große Ausgaben verursacht, die erst zum Teil bezahlt sind. ...

Genieß mögen die gegenwärtigen ungünstigeren Massenverhältnisse zum Teil auf den wirtschaftlichen Niedergang zurückzuführen sein. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die gute alte Zeit vorüber ist, wo bei den Wahlen die freiwilligen Spenden reichlich floßen. ...

Die Massenverhältnisse sind jetzt folgende: Wir haben einen Bestand von 14 577 M. An Außenständen sind zu bedenken 108 134 M., so daß also ein Defizit von 73 579 M. bleibt, welches aus den laufenden Jahreseinnahmen gedeckt werden muß. ...

Parteiangehörigen, wir gehen schweren Zeiten entgegen. Der Anfang einer wirtschaftlichen Krise macht sich bemerkbar. Nachdem die Landtagswahl vorüber ist, wird schon die Frage erörtert: Was nun? ...

Diskussion

Stadthagen: Der politische Kampf ist heute härter wie seit Jahrzehnten. Wir sehen heute einen so starken Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie, wie wir ihn früher nicht gehabt haben. ...

Stadthagen: Der politische Kampf ist heute härter wie seit Jahrzehnten. Wir sehen heute einen so starken Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie, wie wir ihn früher nicht gehabt haben. ...

nicht, zu sagen: es muß agitiert werden, denn das ist geschehen. Wir haben uns zu überlegen, ob in unserer Agitation eine Art eingebracht ist, der wir abstellen müssen. ...

Wir haben auch einen Rückgang der „Vorwärts“-Abonnenten zu verzeichnen. Ich bin leider nicht in der Lage, zu zeigen, wie sich das Auf und Ab der Abonnentenzahl seit Jahren bewegt hat. ...

Wir müssen rücksichtslos untersuchen, welche Gründe den gegenwärtigen Abstieg verursacht haben, und wie dem abzuwehren ist. Es wird zu fragen sein, ob solche Gründe zu finden sind in der Expedition, in der Redaktion, im Verlag, in der Organisation der Redaktion und in der Gesamtredaktion des „Vorwärts“, ...

Es ist im Bericht der Proskommission vergessen worden anzuführen, daß die Frauenbeilage auf Antrag der Redaktion eingeführt ist und daß auch beantragt ist, für je 14 Tage eine Spalte für das Genossenschaftswesen einzuräumen. ...

In dem Vorstandsbericht ist angedeutet worden, es solle nichts unternommen werden, was neue Ausgaben verursachen könnte. Ich bitte, diesem Appell keine Folge zu geben. ...

Richard Fischer (zur Geschäftsführung): Nachdem Stadthagen die ganze Frage der Redaktion und alles, was mit dem „Vorwärts“ im Zusammenhang steht, angeschnitten hat, muß sie eingehend verhandelt werden. ...

Nachdem noch einige Redner zur Geschäftsordnung gesprochen hatten, wurde der Antrag Richard Fischers angenommen mit der Wahgabe, daß auch die auf das Wochenabonnement und auf die Zeitungsbeschwerdef Kommission bezüglichen Erörterungen bis zur nächsten außerordentlichen Generalversammlung zurückgestellt werden.

Stadthagen bedauerte, daß die städtischen Arbeiter so wenig in der Partei organisiert seien. Ferner ersuchte der Redner um Berücksichtigung des Verlangens der Genossen vom Verein politischer Sozialisten, ihre Mitteilungen im „Vorwärts“ unter der Rubrik „Berliner Parteimeldungen“ veröffentlicht zu werden. ...

B o e s t e: Das Stagnieren der Mitgliederzahl und der „Vorwärts“-Abonnenten hat doch andere Ursachen als die von Stadthagen angeführten. Die Verhältnisse sind doch heute wesentlich anders als früher. ...







Gewerkschaftliches.

Das Regierungsorgan und der Frauendorfer Mord.

Die Frauendorfer Ereignisse wollten die Scharfmacher and ihre Presse zu einer wüsten Hebe gegen das Streikposten...

Das Regierungsorgan erkennt damit in verblühter Weise unsere Kritik an dem Vorgehen der Polizei als berechtigt an...

Der Stettiner „Generalanzeiger“ brachte am Morgen nach der Tat zunächst jene Sachschildeung, deren Richtigkeit nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ amtlich verbürgt sein soll.

„Wie nunmehr durch Zeugen des Auftritts erlaubbar, soll Kahl zu Brandenburg nur gesagt haben: „Was bist denn Du für einer?“

Mit dieser Darstellung fällt die Notwehrklage in nichts zusammen und charakterisiert sich die Tat als Todschlag oder Mord.

Ob das Regierungsorgan wohl jetzt auch der Wahrheit die Ehre geben wird?

Berlin und Umgegend.

Die Tarifverhandlungen im Rohrlegergewerbe

find, wie wir gebeten werden mitzuteilen, bis zum Abschluß des Vertrages von der aus Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes...

Achtung, Freiseurgehilfen! Tariflich geregelt sind die Arbeitsverhältnisse bei Gärtner, Niquet Straße 88; Straube, Liebig-

straße 2; Schöber, Mariannenstr. 53; in Neukölln: bei Fiel, Leisingstraße 10, und Pindl, Schubomastraße 45.

Verband der Freiseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Eine Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften.

Die Arbeitsverhältnisse auf den Werften sind noch viel weniger geregelt als die in den verschiedenen anderen Betrieben.

Die Verhandlungen, die damals für die Werften von einer Vertrauenskommission des Gesamtverbandes der Metallindustriellen und für die Arbeiter durch Vertreter der Vorstände der beteiligten Verbände geführt wurden...

Es ist nach der Lohnbewegung von 1910 zu einem ruhigen Verhältnis auf den Werften eigentlich nicht gekommen...

Die Forderungen der Werftarbeiter sind in der Hauptsache: Die tägliche Arbeitszeit soll 9, an den Sonnabenden in Hamburg 7 und auf den Werften an anderen Orten 8 Stunden betragen.

Eine nach den drückenden Verhältnissen bemessene Erhöhung der Einstellungslohne bis zu 8 Pf. pro Stunde.

Der Vertrag, um den der Stundenlohn erhöht werden soll, ist ebenfalls nach den drückenden Verhältnissen bemessen und schlägt auch den Ausgleich des Lohnes für Verkürzung der Arbeitszeit in sich.

Die Entschädigung für Überzeitarbeit ist heute sehr verschieden.

Die Vorschläge zur Regelung der Affordarbeit gehen dahin, daß es dem Arbeiter ermöglicht wird, unter den gegebenen Verhältnissen auch einen angemessenen Affordüberschuß erzielen zu können.

Differenzen sollen durch eine unparteiische Kommission geschlichtet werden.

dies noch kein Mensch auf den abscheulichen Einfall gerieten, die Werke der Dichtkunst zu schänden...

Solange nicht durch einwandfreie (also nicht interessierte) Zeugen das Gegenteil bewiesen ist, halten wir die Nelemente der Filmgesellschaft für eine Verleumdung...

Die Erfolge der Arbeiter-Studien. Die Prüfungsergebnisse der Universität Oxford in Staatswissenschaft und Volkswirtschaft geben, wie der „Daily Citizen“ schreibt, einen schlagenden Beweis...

Das Soldatenlager im Volkshaus. Man schreibt uns aus Präfekt: Einmal ganz Schreckliches ist geschehen.

dem Arbeiter sein volles Anrecht auf den verdienten Ueberfluß der noch unvollendeten Affordarbeit verbleiben.

Die Lohnzahlung soll am Schluß der Arbeitszeit beendet sein. Das erforderliche Werkzeug soll den Arbeitern von der Werft geliefert werden.

Den Einrichtungen zum Schutze von Gesundheit und Leben wird in den Forderungen besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Schließlich wünschen auch die Arbeiter einen Ferienurlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Soweit der wesentlichste Inhalt der Forderungen, die den Werften am Dienstag, den 17. d. M., zugehen.

Weitere Folgen des Bresfelder Seidenfärberstreiks.

Eine Vertrauensmännereiung in Darmen beschoß, da die Textilarbeiter für die Baumwoll- und Kunstseidenfärberei Streikarbeit verrichten sollen, die Genehmigung zum Zustand beim Zentralvorstande einzuholen.

Deutschnationaler Handlungsgesellenrat.

Heil! Aus allen deutschen Gauen hatten sich am Sonnabend und Sonntag in Frankfurt am Main die Jünger Schads, echt Hanbesgemäß im Jüngerhut und Stratenrod...

Nach kurzen Einleitungsworten des Vorsitzenden Weich, der besonders gegen den „nationalisierenden“ Hansabund polemisierte, blies Herr Werner, Pfarrer der historischen Paulskirche, wie er sich nannte, eine deutsch-völkische Fanfare gegen die „demokratische Versumpfung“...

Was Herr Noth über „Vaterländische Jugendpflege“ und Herr Prof. Dr. Haupt-München über das deutschnationale Lieblingsheima „Frauenarbeit und Massenhygiene“ vortrug...

Kleines feuilleton.

Jubiläumsspul.

(Frei nach Kleist's „Legtem Lied“.)

Fernad vom Voll, auf breiteren Gerüsten Bemalt, bellestiert, hoch und schauerhaft, begann der Troß zu Brunn und Pracht zu rüsten...

Moderner Staaten alterndem Gefüge Wird noch einmal ein falscher Glanz geschminkt, indes schon deutlich durch den Dunst der Lüge...

Ob man's Jahrgehnt auch noch die Hoffnung trüge, Die den Entscherten Recht und Freiheit bringt!

Denn ein Geschlecht, die Stirne klar umflogen, Trat aus der Nacht, in die man es gebannt, unzählig wie des Meeres breite Wogen...

Der verfilmte Ibsen. Bürgerliche Zeitungen geben kritillos die folgende Meldung wieder: „Som Sohne Ibsens, dem Staatsminister Sigurd Ibsen, hat die Literaria-Filmgesellschaft in Tempelhof das Recht erworben, Peer Gynt für den Film zu bearbeiten.“

Wie halten es für völlig ausgeschlossen, daß Henrik Ibsen selber den Plan einer Filmverfilmung seiner Dichtung sollte erdacht haben.

Notizen.

Die Hantysache. In einer vom Verein für Ethik und Kunstpflege herausgegebenen Jugendzeitung wird in einem Festgedicht zum 15. Juni der Lufting, Kinder mit Festreden auf den Kaiser zu maltrattieren, ganz nett ironisiert.

Achtung, Fahnen, Glockenlang — keine Schule — Gott sei Dank! Fahnenwägen, Lächerwehen — hat man solches je gesehen? Nein! Denn im vergangenen Jahr noch nicht halb so schön es war.

Das deutsche Künstlertheater (Sozialist) beginnt seine Vorstellungen am 21. August mit „Wilhelm Tell“. Die Inszenierung wird durch Gerhart Hauptmann geleitet werden.

Husland.

Der Zentralverband der italienischen Seeleute hat in einer Delegiertenversammlung...

Jugendbewegung.

Wie für den Jungdeutschlandbund Mitglieder gewonnen werden.

Ein Musterbeispiel dafür, in welcher unerhörten Weise mancher Unternehmer glaubt...

Waren da eine Anzahl Lehrlinge der Firma an einem Abend der vergangenen Woche damit beschäftigt...

Diese Karten wurden dem Betriebsingenieur nahe übergeben. Dieser hatte nichts Geringeres zu tun...

Der Vorfall bedeutet das Ungeheuerlichste, was in Bezug auf Unternehmervillie geleistet werden kann...

Die allerhöchste Gnade über Jungdeutschland.

In diesen Tagen des Jubiläumsüberflusses ist auch die bürgerliche „Jugendpflege“ nicht leer ausgegangen...

Am heutigen Tage ruht mein Auge mit besonderem Wohlgefallen auf dem bisherigen Erfolge der erst vor wenigen Jahren von mir angeregten Bestrebungen...

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Berlin, den 16. Juni 1913. Wilhelm R.

An den Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten.

Wenn die Arbeiter der proletarischen Jugendbewegung ihre Augenmerk schenken und noch mehr als bisher sie fördern helfen...

Versammlungen.

Der Zimmererverband hielt am Montag im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Zahlstellen- (Delegierten-) Versammlung ab...

Die den Zimmerern sowohl als auch den anderen beteiligten Gruppen des Baugewerbes eine Lohnerrhöhung...

Die Versammlung nimmt dann von dem Wortlaut des Berliner Vertrages Kenntnis und beschließt...

Beschlossen wird, daß die Zahlstellenversammlungen sich in Zukunft nur noch aus dem Vorstande und den Delegierten der Bezirke zusammensetzen...

Die Mitteilung des Vorsitzenden, daß in nächster Zeit in einer allgemeinen Mitgliederversammlung ein Referat über: „Die Volkswirtschaft“ gehalten wird...

Kapitalismus oder Sozialismus?

Laute die Thema einer Schifferversammlung, die am Sonntag stattfand und in der Reichstagsabgeordneter Genosse Otto Büchner unter großem Beifall referierte...

Auch Genosse Felsch vom Transportarbeiterverband (Sektion Binnenfahrer) nahm ebenfalls das Wort und ging auf den letzten großen Kampf der Binnenfahrer ein...

Nach einem markigen Schlusswort des Vorsitzenden Herbst, der zum Eintritt in die Gewerkschaft und die sozialdemokratische Partei aufforderte...

Magenstärkend ist während der gefährlichen Obstzeit Santa Lucia Stärkungs-Rotwein fl. 1,50 u. 2 M.

Todes-Anzeigen. Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis. August Fürstenberg.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsg. Deutschl. Friedrich Wöbbecke.

Deutscher Bauarbeiterverband. Emil Franzke.

Orts-Krankenkasse der Weber. General-Versammlung am Dienstag, den 24. Juni 1913.

Sozialdemokratischer Wahlverein Mariendorf. Mitglieder-Versammlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltung Berlin.

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider. Mitglieder-Versammlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.

Hamburg-Helgolandfahrt 26. bis 29. Juni 1913.

Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalter, Oskar Wollburg Trauer-Magazin.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Georg Koenig.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Karl Streubel, Georg Koenig.

Dankfagung. Dr. Eugen Haagen.

Bei Rückgratverkrümmung glänzende Erfolge. F. Menzel.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Otto Goerke.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Fritz Türk.

Liebknechts Volksfremdwörterbuch. Dreizehnte Auflage.

Partei - Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Auf Wunsch der Reinickendorfer Parteigenossen weisen wir darauf hin, daß das Lokal Schloss Schönholz für organisierte Arbeiter gesperrt ist.

Dieter Wahlkreis. Am Dienstag, den 17. Juni, nachmittags, findet von der 86. Abteilung im Garten von Lindstedt, Landsberger Allee 157, ein Kinderfest statt.

Tempelhof. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-versammlung im Wilhelmgarben, Berliner Str. 9. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 2. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. 3. Gemeindeangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Vorsigwalde-Wittenau. Dienstag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung des Wahlvereins in den Vorsigwalder Festsälen.

Zegel. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Gesellschaftshaus, Schlossstraße. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Französisch-Buchholz. Am Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Kühnes Gesellschaftshaus: Generalversammlung des Wahlvereins. 11. a. Neuwahl des Vorstandes.

Cranenburg. Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Waldhaus Sandhauken“, Schützenstr. 34: Mitglieder-versammlung. Tagesordnung: Bericht von der letzten Kreis- und Verbands-Generalversammlung. Kommunale Angelegenheiten. Parteiangelegenheiten.

Potsdam. Der Tagabend findet am Mittwochabend 8 1/2 Uhr in allen Bezirkslokalen statt.

Berliner Nachrichten.

Die Rehrseite des Märchenbrunnens.

Die Kronen der hohen, dichten Parkbäume wiegen sich leise, ganz leise in der lauen Sommernacht. Hier und da blinkt geheimnisvoll vom klaren Himmel ein Stern durch das Laubzelt. Nur schwer findet sich das Menschenauge zurecht in der nachtdunklen Natur.

Drüben unter dem Strauch ruht auf hartem Boden ein armer Schächer. Einer wie viele seinesgleichen, denen das Leben nur die Rehrseite zeigt. Für ihn gibt es kein schühendes Haus wie für fröhlich spielende Kinder.

In den Büschen knact es. Dunkle Gestalten schleichen lauernd, deutlos durch den Park. Lange, breite Lichtbündel irren blendend über das Gezweig. . . riesige Glühwürmer der Staatsgewalt. Armer, heimloser Schläfer, sie gönnen dir nicht deinen Kindheitsstrahl.

Schönes, holdes Märchen, du bist ausgeträumt. Genarrt hab ich mich, ihr Bilder der Jugend und des Glücks! Die Prosa des Lebens, des Elends. . . sie hat von neuem begonnen.

Vom Jubiläumstrubel.

Am Montag erreichte der Jubiläumstrubel seinen Höhepunkt, da der 16. Juni der eigentliche Jubiläumstag war. Am Sonntag hatten noch die Kriegervereiner im Bratenrod und Zylinder auf dem Tempelhofer Felde dem Kaiser — der nicht da war — gehuldigt durch Veranstaltung eines Feldgottesdienstes, von dem kaum ein Dugend etwas hörte.

Am das Montagprogramm zu absorbieren, begann schon in aller Frühe das Beeten durch das Musikkorps der Garderegimenter. Um 1/9 Uhr brachten die 7000 Gemeindefunkler dem Kaiserpaare die seit Wochen eingedrilltenlieder zum Vortrag, wovon der Kaiser nach den Berichten bürgerlicher Blätter sehr entzückt war und sich bei den Kindern bedankt hätte mit den Worten: Ich danke Euch, Kinder, für den schönen Gesang.

studiert, deshalb klappte das Taschentuchschwenken auch vorzüglich. Ein Hoch auf den Kaiser und „Heil Dir im Siegerkranz“ beendete das Ständchen im Kaiserschloß. Dann wickelte sich das Programm wie vorgeschrieben ab: Gratulationen von oben angefangen, rangstufenmäßig abwärts.

Eine ganze Reihe von Parteigenossinnen haben den gestrigen schulfreien Tag dazu benutzt, Ausflüge in die freie Natur zu unternehmen und aus dem Jubiläumstrubel herauszukommen. Der Verband der Gemeindefunkler hatte die städtischen Arbeiter, die dienstfrei waren, nach den Müggelbergen geführt und dadurch die freie Zeit sehr nützlich verwendet.

Verlorene Kinder.

Bei dem Straßenbummel am Sonntag, den eine große Anzahl Eltern mit ihren Kindern unternahmen, um die Feststrahlen zu sehen, sind eine große Anzahl Kinder verloren worden. Die Kinder reizen sich los von den Eltern oder die Eltern achten in ihr eigenes Reugierde nicht genügend auf die Kinder, und so kommt es, daß Eltern und Kinder plötzlich auseinandergerissen sind.

Unfälle am Jubiläumstage.

Die vom Berliner städtischen Rettungswesen getroffenen Rettungseinrichtungen in der Domkaserne, im Opernhaus und Unter den Linden wurden außerordentlich stark in Anspruch genommen. Allein im Opernhaus zählte man im Laufe des Vormittags über 40 Fälle von Erkrankungen, die größtenteils durch die Hitze verursacht waren.

Das Kaiserbild auf dem — Schweinebraten.

Die Jubelstimmung anlässlich der vielen diesjährigen Gedenkfeiern macht unsere Patrioten erfinderisch. Ganz besonders ist natürlich das jegige Kaiserjubiläum dazu angetan, die Köpfe der guten Unterthanen zu verwirren und hoffnungsvolle Talente in die Öffentlichkeit treten zu lassen.

Der Märchenbrunnen im Friedrichshain wurde am Sonntag unter starker Beteiligung der städtischen Behörden der Öffentlichkeit übergeben.

Die Gemeindefunkler Berlins

haben in diesem Sommer eine kleine Mehrung der Kinderzahl gehabt. Im Winterhalbjahr 1912/13 ergab die Zählung vom 1. November 224 187 Kinder, im Sommerhalbjahr 1913 wurden am 1. Mai 224 848 Kinder gezählt, das sind um 161 mehr. Die Zahl der Schulen, in denen diese Kinderhülfe unterrichtet wird, stellt sich jetzt auf 327, darunter sind 308 regelrechte Gemeindefunkler, 10 Hilfs-schulen und 9 besondere Schulen für Schwerhörige.

Die Mehrung der eigenen Schulhäuser schreitet noch immer viel zu langsam fort, so daß die Mietschulen sich nicht vermindern wollen. In diesem Sommer benutzten die 5276 Klassen 5268 Klassenzimmer, davon befinden sich 4794 in eigenen Schulhäusern und 462 in gemieteten Häusern. Die 5271 Klassen des letzten Winters benutzten 5260 Klassenzimmer, wovon 4816 in eigenen Schulhäusern und 444 in gemieteten Häusern sich befanden.

daß die Schulverwaltung nun wieder eine reichliche Zeit hindurch auf ihren Lorbeeren ausruhen will. Schaltet man die Hilfschul-, Neben-, Hör- und Vorklassen aus, die ja nur schwach besetzt werden dürfen, so kommen jetzt im Durchschnitt aller Klassen der regelrechten Gemeindefunkler auf die Klasse 48—44 Kinder. Die genaue Berechnung ergibt 43 2/100 gegenüber 43 7/100 im letzten Winter und 43 4/100 im vorigen Sommer.

Je mehr Kinder in eine Klasse hineingepökelt werden, desto leichter kommt man um die Eröffnung neuer Klassen herum. Das erklärt alles! Wie gern die Schulverwaltung neue Klassen zu sparen sucht, das sehen wir Jahr für Jahr. Immer wieder bleibt die tatsächliche Zahl der Klassen hinter derjenigen zurück, die der Entwurf des Gemeindefunklerats für das neue Etatsjahr in Aussicht stellt.

Neue Kirchenbauten in Groß-Berlin.

Die Verkrommungsarbeit in Groß-Berlin ist noch immer in eifrigem Gange. Nicht weniger als sieben neue Kirchen sind, wie die „Dauwelt“ meldet, für die Vororte im Werden. Nichterselde, Friedenau, Steglitz, Reinickendorf, Johannisthal, Tempelhof und die Gemeinden Wittenau, Weihensee sollen neue Kirchenbauten über sich ergehen lassen.

Die Gemeinden müssen diese Verkrommungsbauten erdulden, da ja die liberalen Mehrheiten mit dem bekannten Bewilligungseifer die Kirchenbauten genehmigen, ohne Rücksicht auf die vielen wichtigen nützlichen Bauten, z. B. Schulen, die aus Mangel an Mitteln nicht zur Ausführung kommen können.

Der verweigerte Sonderzug.

Der große Arbeiter-Bund „Die Naturfreunde“ veranstaltet am Sonnabend, den 21. Juni, und Sonntag, den 22. Juni, eine billige Gesellschaftsfahrt nach Dessau und dem Wölflinger Park. Dazu ist, wie auch aus dem Inserat in unserer Sonntagnummer hervorgeht, der erbetene Sonderzug von der Eisenbahnverwaltung verweigert worden, so daß sich der Preis der Teilnehmerkarte höher stellt, als es sonst möglich gewesen wäre.

Wir wissen nicht, welche Gründe für die Verweigerung maßgebend gewesen sind, nehmen aber natürlich an, daß es Gründe rein eisenbahntechnischer Natur waren. Es wäre ja auch kaum glaublich, daß der Sonderzug verweigert worden ist, weil er von Arbeitern erbeten wurde. Man bestunt sich, daß die Ministerien die Eisenbahnbehörden angewiesen haben, den Pfadfindern und Jungdeutschlandbändlern nicht nur Sonderzüge zu stellen, sondern auch bedeutend ermäßigte Fahrpreise zu berechnen.

Ein prachtvolles Schauspiel bot sich den Zuschauern, die den gestrigen Nachmittag am Müggelsee verbrachten. Ein Doppeldecker der „Albatroswerke“ umkreiste mehrere Male den See, ging auf die Wasserfläche nieder und erhob sich wieder von ihr, um seinen Flug fortzusetzen. Alle diese Manöver vollzogen sich mit großer Präzision und Sicherheit.

Zu der polizeilich gestörten Sonntagruhe in den Laubenkolonien.

worüber wir kürzlich berichteten, schreibt einem bürgerlichen Blatt ein „postiver, frommer evangelischer Geistlicher“, daß die evangelische Kirche, die „Kirche der Freiheit“, von dem weltlichen Schwert wieder einmal ein wahrhaft klassisches Urteil und Zusicherung jeglicher Hilfe in ihren Räten erlangt habe: die Laubenkolonisten dürfen laut Bestätigung durch oberinstanzliches Gerichtsurteil nicht mehr Sonntags sichtbar Vergernis dadurch erregen, daß sie Erdarbeiten äußerlich sichtbar vornehmen! Und dann fährt der positive Pfarrer fort: . . . Ist das eine Verzeihung, wenn man zu solchen Mitteln alttestamentlicher Pharisäerei greifen muß, um die leeren Kirchen mit Gewalt zu füllen und die widerstrebenden Herzen mit drohender Faust zu bekehren!

Rein, noch so viele im Pandektenstaub geborene Strafmandate werden nicht ein einziges „verirrtes Schäflein“ in den Schoß der Kirche zurückführen. Sie werden im Gegenteil erreichen, daß abermals Tausende, die innerlich längst von der Kirche losgelöst sind, ohne dabei im geringsten an ihrer Seele Schaden genommen zu haben, auch äußerlich den Bruch vollziehen und aus der Landeskirche austreten.

Ein schweres Brandunglück

hat sich gestern nachmittags im Norden der Stadt zugetragen. In dem Hause Kopenhagener Straße 12 hatten in der Wohnung des Maurers Joachim mehrere Kinder, darunter auch die 6jährige Tochter des J. gespielt. Die kleine J. holte eine Stocklaterne herbei und zündete sie an. Als das Kind mit der Laterne vorweg durch die Stuben ging und die anderen hinterdrein marschierten, hielt sie die Laterne so schräg, daß das Papier Feuer fing. Es brannte schließlich die ganze Laterne und auch die Kleider des Mädchens gingen Feuer. Im Augenblick weniger Sekunden stand das unglückliche Kind in hellen Flammen. Die Spielgefährten rannten schreiend aus der Wohnung heraus, und nur eilten Nachbarn in die Wohnung, wo inzwischen bereits auch die Möbel Feuer gefangen hatten. Man er-

